

DIETER KLEIN

KEIN WACHSTUM – DER SCHWIERIGE FORTSCHRITT KÜNFTIGER TRANSFORMATION

Lange schien das Wirtschaftswachstum aus der Widersprüchlichkeit der Welt herauszufallen. Es schien nur eine Schokoladen- und keine Kehrseite zu haben. Wachstum galt als der Universalschlüssel zu Arbeitsplätzen, Reichtum und Glück. Dass es einige Male in der Menschheitsgeschichte zum Untergang ganzer menschlicher Kulturen beigetragen hat (Diamond, 2005) und seit 1825 periodisch in Krisen und zyklische Arbeitslosigkeit mündete, ließ sich immer wieder verdrängen. Nun aber zeichnet sich seit einigen Jahrzehnten ab, dass Wohlstandsmehrung durch Wachstum zunehmend mit der Zerstörung von Wohlfahrt durch Wachstum bezahlt wird. Das Wachstum der Ökonomie hat sich in ein «antiökonomisches Wachstum» verwandelt (Daly, 1999). Ein linkes Konzept für eine emanzipatorische Transformation der kommenden Jahrzehnte muss unter anderen gravierenden Veränderungen auch diese neue Wachstumskonstellation verarbeiten.

Nach den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change der Vereinten Nationen, nach dem unter Leitung des früheren Chefökonom der Weltbank, Nicholas Stern, entstandenen Report «The Economics of Climate Change», nach den Befunden des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie von 1996 und 2008 und den Forschungsergebnissen einer Vielzahl weiterer international renommierter wissenschaftlicher Institutionen muss der Verbrauch von Energie und anderen entscheidenden Ressourcen in den Industrieländern bzw. postindustriellen Ländern bis 2050 auf 10 Prozent gesenkt werden, um eine drohende Klimakatastrophe und andere Dimensionen der Umweltzerstörung abzuwenden.

ZIELE ZUR SENKUNG DES RESSOURCENVERBRAUCHS IN KOLLISION MIT DEM WACHSTUM

Eine Senkung des Verbrauchs entscheidender Ressourcen auf 10 Prozent bis 2050 würde bei sonst gleich bleibenden Bedingungen eine Erhöhung der Ressourcenproduktivität um den Faktor 10 selbst bei Nullwachstum erfordern – durch neue Technologien, Langlebigkeit der Güter, Recycling und

Verwendung erneuerbarer Ressourcen. Bei einem Prozent Wachstum wäre der Faktor 16 erforderlich. Bei 1,5 Prozent Wachstum, der Schwelle zur Senkung der Arbeitslosigkeit, der Faktor 22. Und bei 3 Prozent BIP-Wachstum, dem illusionären Ziel der Lissabon-Strategie der EU, müsste die Ressourcenproduktivität um das 44fache gesteigert werden. Ernst Ulrich von Weizsäcker und das Ehepaar Lovins hatten 1995 in ihrem Bericht an den Club of Rome mit dem Titel «Faktor Vier» eine Steigerung der Ressourcenproduktivität um das vierfache, später in «Faktor Fünf» auf das fünffache und andere Umweltexperten um das zehnfache für möglich gehalten – aber nicht um das vierundvierzigfache (Weizsäcker/Lovins/Lovins, 1995 und 1999).

Zwei mögliche Zukünfte tun sich auf:

Die sich gegenwärtig durchsetzende Entwicklung besteht in der Fortsetzung der kapitalistischen Wachstumslogik und wird von der Politik nach Kräften gefördert. Dieser Verlauf wird nach den Erwartungen der Mehrzahl ausgewiesener Experten die Naturgleichgewichte irreparabel und mit desaströsen Folgen für große Teile der Menschheit zerstören. Dagegen wird die Hoffnung genährt, dass ein anderes, ein qualitatives oder ökologisches Wachstum gelingen könnte. Die Erwartung für diesen Fall ist, dass die Wirtschaft schneller als der Umweltverbrauch wächst. Aber der Verbrauch würde eben ansteigen, statt zu sinken. Es läge dann nur eine relative Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch vor. Eine absolute Entkopplung würde stattfinden, wenn der Umweltverbrauch auch bei wachsender Wirtschaft zurückginge. Wachstum wäre in diesem Fall tatsächlich nur Verheißung, keine Bedrohung und kein Grund zur Sorge. Dann träfe zu, was im wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream vertreten, von der herrschenden Politik erstrebt und beispielsweise von Karl-Heinz Paqué so formuliert wird: «Wachstum – richtig verstanden – ist nicht der falsche Weg. Im Gegenteil, es ist der einzige Weg, wie überhaupt im Weltmaßstab die großen Ziele der Menschheit erreicht werden

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND DEMATERIALISIERUNG

Wirtschaftswachstum jährlich in %	Sozialprodukt in 50 Jahren auf %	Notwendige Ressourcenproduktivitätssteigerung innerhalb von 50 Jahren bei Reduzierung auf 20 % des heutigen Verbrauchs (Faktor)	Notwendige Ressourcenproduktivitätssteigerung innerhalb von 50 Jahren bei Reduzierung auf 10 % des heutigen Verbrauchs (Faktor)
- 1,0	60	3	6
0,0	100	5	10
1,0	164	8	16
1,5	211	11	22
2,0	269	13	27
2,5	344	17	34
3,0	438	22	44

Quellen: Spangenberg 1995; Witt 1999

können. Und es ist in Deutschland und Europa der einzige Weg, um Lebensqualität und soziale Sicherheit auf Dauer zu gewährleisten.» (Pagué, 2010: 1)

Selbst alternative Akteure für eine künftige solidarische und gerechte Gesellschaft könnten an die optimistische Erwartung der traditionellen sozialistischen Bewegung anknüpfen, dass ein höheres Wachstum als im Kapitalismus die großen Ziele einer anderen Gesellschaft tragen werde.

Doch eine absolute Entkopplung von Wachstum und Naturverbrauch wird auf die Dauer nicht stattfinden. Auf endlichen Ressourcen und Senken kann nicht unendliches Wachstum gründen. Autos beispielsweise mögen mit geringerem Materialaufwand pro Wagen hergestellt werden. Wirtschaftswachstum würde aber bedeuten, dass mehr Autos produziert werden. Dieses «mehr» in der Gesamtwirtschaft würde die erreichbare Steigerung der Ressourcenproduktivität wahrscheinlich wieder auffressen (rebound-effect).

Die Autoren der Wuppertal-Studie «Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt» schreiben daher: «An Begriffen wie qualitatives Wachstum und nachhaltiges Wachstum zeigt sich das Bemühen, die Quadratur des Kreises zu schaffen, nämlich Wachstum und Zukunftsfähigkeit miteinander zu versöhnen.» (Wuppertal-Institut, 2008: 92) «Eine absolute Entkopplung – also ein deutlich geringerer Ressourcenverbrauch als gegenwärtig – ist in einem Land wie Deutschland auf Dauer wahrscheinlich nicht mit erheblichem Wirtschaftswachstum vereinbar. «Wahrscheinlich» deshalb, weil die Zukunft nicht vorhersagbar ist und weil die Komplexität wirtschaftlicher, technischer und kultureller Entwicklungen immer für Überraschungen gut ist.» Aber: «Es wäre tollkühn, nur auf das unbekannte Potenzial von Entkopplung zu vertrauen.» (Ebenda: 109)

SOZIALÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION ALS AUSWEG

Das andere Szenario zukünftiger Entwicklung ist eine Transformation, die einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung einschließt. Doch dies ist nur vorstellbar bei ei-

nem Abschied von immerwährendem Wirtschaftswachstum. Eine solche Gesellschaftstransformation könnte im günstigsten Fall und im Maße des Erstarkens von Gegenmächten über längere Zeit innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften als Übergang vom neoliberalen Kapitalismus zu einem Kapitalismus mit größerem Raum für sozialen und ökologischen Wandel erfolgen. Für die Erwartung eines Transformationsprozesses, der aber in absehbarer Zeit den Rahmen des Kapitalismus nicht zu sprengen vermag, sprechen die Größe und Komplexität der unbewältigten Herausforderungen, das zeitlich ungleiche Hervortreten von Problemlagen, die Machtfülle und Anpassungsfähigkeit der Herrschenden, die Langwierigkeit des Wandels von verinnerlichten Werten und Handlungsorientierungen und nicht zuletzt die Schwierigkeit, einen hegemoniefähigen Block demokratischer Gegenmächte zu schaffen (Klein, 2010).

Zu erwarten ist jedoch, dass aus dem Widerspruch zwischen einem künftigen Erstarken von Elementen und Tendenzen eines demokratischen Sozialismus, die im Rahmen eines post-neoliberalen Kapitalismus erkämpft werden können, und den aus den kapitalistischen Macht- und Beharrungsverhältnissen resultierenden globalen Bedrohungen ein Überschreiten der Grenzen des Kapitalismus, eine Große Transformation zu solidarischen gerechten Gesellschaften bzw. zum demokratischen Sozialismus resultieren wird. Eine doppelte Transformation im Rahmen des Kapitalismus und über ihn hinaus markiert die Perspektive für das 21. Jahrhundert.

Vorerst zeichnet sich eher eine modifizierte Fortsetzung des neoliberalen Kapitalismus ab. Doch noch ist die Situation für verschiedene Szenarien künftiger Entwicklung offen (IfG, 2009).

Gelänge es unter der Voraussetzung einer Erneuerung der europäischen Linken, ihrer erheblichen Stärkung durch Einheit in der Vielfalt und breitester erfolgreicher Bündnispolitik, den Einstieg in eine doppelte Transformation zu erkämpfen, so würde eine der größten Herausforderungen für einen transformatorischen Prozess sein, eine zukunftsfähige Entwicklung ohne Wachstum hervorzubringen.

Unter Wachstum der Wirtschaft wird die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in einem bestimmten Zeitraum, in der Regel im Verlauf eines Jahres im Vergleich zum Vorjahr, verstanden. Als reales Wachstum wird die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bezeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt ist der als Geldsumme ausgedrückte in einem Jahr produzierte Bruttowert von Gütern und Dienstleistungen, die als Waren auf den Markt kommen.

Das Bruttoinlandsprodukt, in dem alle Unterschiede der verschiedenen produzierten Güter und Leistungen, alles Oben und Unten in den Verteilungsverhältnissen und alle Ungleichheiten zwischen Glück und Unglück in einer Geldsumme verschwinden, bietet sich mit dieser Verallgemeinerung nicht allein als hochaggregierte statistische Messgröße an. In dieser Verallgemeinerung steckt etwas Prinzipielleres. Das BIP spiegelt wider, dass es im kapitalistischen Verwertungsprozess tatsächlich stets um höchstmöglichen Wertzuwachs schlechthin geht, um Mehrwert und Profit.

In dem hier vorliegenden Beitrag wird Wachstum immer in diesem Sinne verstanden. Es führt nur zur Verwischung der Probleme, wenn für die Steigerung des BIP, für die Hebung sozialer Standards, für Fortschritte in Bildung und Gesundheit und für eine Verbesserung des Umweltzustandes gleichermaßen der Begriff Wachstum verwendet würde. Dann bliebe nur ein Plädoyer für mehr Wachstum – natürlich für ein gutes und nicht für ein schlechtes. Klarer ist die Unterscheidung zwischen Wachstum (des Bruttoinlandsprodukts) und nachhaltiger Entwicklung.

In der Wachstumsdebatte wird von verschiedenen Seiten angemahnt, sich nicht in einem Pro und Contra zu verlieren. Wichtiger sei, dafür zu sorgen, dass sozial und ökologisch sinnvolle Investitionen stattfinden und Branchen mit negativen sozialökologischen Wirkungen zurückgebaut werden. Der Grundidee dieser Intervention ist zuzustimmen. Es kommt auf nachhaltiges Handeln an. Jedoch – dies schafft nicht aus der Welt, dass die vorherrschende Politik pro Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf mehr Güter und Leistungen schlechthin, eben auf vermehrte Wertschöpfung zielt – ob in Gestalt Ressourcen schonender Technologien oder als Zuwachs von Produkten, die die Umwelt belasten und zudem noch neues «Wachstum» anstoßen, wenn die angerichteten Schäden wenigstens zum Teil wieder repariert werden. So muss denn dem Pro doch ein Contra entgegen gesetzt werden, das konstruktive Vorstellungen über wünschenswerte Richtungen nachhaltiger Entwicklung enthält. Was würde es für eine Transformation des 21. Jahrhunderts bedeuten, ohne Wachstum des BIP zu verlaufen?

ERSTENS: ÜBERLEGENHEIT DURCH ABSCHIED VON IMMERWÄHRENDEM WACHSTUM

Für eine Große Transformation zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft, die viele Linke als demokratischen Sozialismus bezeichnen, folgt daraus: Im Gegensatz zum Übergang von vorkapitalistischen Gesellschaften zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften wird und darf die neue Gesellschaft zum ersten Mal in der Geschichte von Gesellschaftsabfolgen

nicht auf ein stärkeres Wachstum im Vergleich zu den vorangegangenen Gesellschaften setzen. Zugespitzt formuliert, ihre Überlegenheit wird das genaue Gegenteil einschließen: den Abschied von immerwährendem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Denn der Gewinn von Freiheit für die Entwicklung der Einzelnen und die Verwandlung dieser Entwicklung der Individuen in Vorteile der jeweiligen Gesellschaften – wie auch gesellschaftlicher Fortschritte in individuelle Entwicklungsmöglichkeiten – (Brie, 2004) kann nicht mehr allein als das zentrale Fortschrittskriterium gesellschaftlicher Entwicklung gelten. Dieses Kriterium gilt nur zusammen mit einem gleichrangigen zweiten Fortschrittsmaßstab: der Bewahrung der Umwelt durch die Unterordnung der gesellschaftlichen Entwicklung unter die Reproduktion der Natur. Der Kapitalismus siegte über die vorkapitalistischen Gesellschaften dank höherer Arbeitsproduktivität. Eine zukunftsfähige solidarische Gesellschaft wird dem Kapitalismus durch eine höhere Ressourcenproduktivität und durch eine Ressourcen sparende neue Zivilisation und Lebensweise überlegen sein, ohne eine hohe Produktivität der Arbeit gering zu schätzen.

Aber das Klima und die Artenvielfalt warten nicht auf ihre Rettung durch eine bessere Gesellschaft nach dem Kapitalismus. Millionen Menschen in den armen Ländern der Erde verhungern jetzt. Sie brauchen eine gerechtere Weltordnung und Solidarität noch vor dem Abtritt des Kapitalismus. Schon in den nächsten beiden Dekaden muss das Wachstum gezügelt werden, wo es am meisten bedrohlich ist. Dort ist Degrowth, also Negativwachstum, die Aufgabe. Der Kampf um den Ausstieg aus der Atomenergie ist ein charakteristisches Beispiel dafür. In der fossilistisch-atomaren Energiewirtschaft werden die Verstrahlung von Luft, Boden und Wasser, von Menschen, Tieren und Pflanzen im Falle eines atomaren Unfalls, die Belastung ungezählter kommender Generationen durch Atommüll und der Verbrauch riesiger Wassermengen zulasten der Landwirtschaft als Preis des Wachstums in Kauf genommen. Eher schleichend naht mit einem Wachstum, das permanent unverantwortbar hohe Emissionen klimarelevanter Gase hervorbringt, der Punkt, an dem die Klimastabilität unkorrigierbar mit unübersehbaren sozialen Folgen umkippen könnte. Ein Wachstumsträger ersten Ranges ist die Automobilindustrie. Auf das Konto des Straßenverkehrs kommen in Deutschland 17,4 Prozent der CO₂-Emissionen, auf das des Pkw-Verkehrs allein 13 Prozent (2008).

Der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie, die Abkehr von der Energieerzeugung auf der Grundlage von Öl, Kohle, Gas und Uran sowie die Reduzierung des Pkw- und des Lkw-Verkehrs zu Gunsten einer umweltverträglichen Mobilität noch unter kapitalistischen Bedingungen gehen über bloßen Strukturwandel hinaus. Ein solcher Prozess bedeutet, monopolistisch beherrschte zentralistische Strukturen in der Energiewirtschaft anzugreifen (Scheer, 2011). Wenn der Atomstrom vorwiegend durch Megaprojekte wie die Monopolisierung der Sonnenenergienutzung in Nordafrika (Projekt Desertec) und riesige Windparks in der Nordsee mit Stromtrassen von dort nach Süddeutschland ersetzt würde, statt alle dezentralen erneuerbaren Energiequellen zu nutzen, sie in kommunale und genossenschaftliche Hände und in die demokratische Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu nehmen, bliebe das energiewirtschaftliche Nervensystem der Gesellschaft dem Diktat des Profits der Energiekonzerne

auch weiter unterworfen. Diese würden so lange wie möglich neben dem zögerlichen Einstieg in erneuerbare Energien an ihrer atomar-fossilistischen Machtbasis festhalten (Scheer, ebenda). Soll das Elektroauto nur die Zukunft der Automobilkonzerne retten, statt ihm eine Funktionen in einem Mobilitätssystem mit geringeren Verkehrsströmen, mit erstrangigem Gewicht des öffentlichen Personennahverkehrs und dem Vorrang des Schienenverkehrs einzuräumen, so würden die Deformation der öffentlichen Räume in den Städten, die Blechlawinen in den Städten, das Verkehrschaos, die Zersiedelung des Landes und die starke räumliche Trennung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und kulturellem Leben nur fortgeschrieben werden – mit allen konservierenden Folgen für die nicht mehr zukunftsfähigen Lebensweisen.

Zerstörerisches Wachstum zu stoppen, erfordert folglich, das Eigentum, die Verfügung und den politischen Einfluss des Großkapitals in den strukturkonservativen und die Umwelt am meisten gefährdenden Branchen noch unter kapitalistischen, jedoch bereits starken Veränderungen zu unterwerfenden Verhältnissen zurückzudrängen.

ZWEITENS: VERZICHT AUF WACHSTUMSCHANCEN ALS SOLIDARITÄT MIT DEM GLOBALEN SÜDEN

Eine Große Transformation zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft oder zum demokratischen Sozialismus steht ferner zum ersten Mal in der Geschichte vor der eminenten Herausforderung, dass diese Transformation in den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern bewusst auf eigene Wachstumschancen zu Gunsten des Wachstums in der Dritten Welt verzichten muss. Diese Anforderung gilt bereits heute, die gegenwärtige Realität steht jedoch im Widerspruch zu ihr. Der Übergang zum Kapitalismus erfolgte in beträchtlichem Maße aufgrund kolonialer Ausplünderung großer Erdregionen. Der Übergang zu einer gerechten Gesellschaft muss durch Abkehr von einem ressourcenintensiven Wachstum und womöglich durch Degrowth den Umweltraum für Mehrverbrauch in den heute noch armen Ländern freimachen. Solidarität in diesem Sinn und als Unterstützung für den sozialökologischen Umbau auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern bekommt eine riesige neue, nur mit äußersten Anstrengungen einzulösende Dimension. Dies gilt auch für den Internationalismus der Linken. *Just Transition*, ein gerechter Übergang zu nachhaltiger Entwicklung, ist die elementarste Bedingung dafür, dass sich auch Entwicklungs- und Schwellenländer auf ein anderes Entwicklungsmodell als bisher in den Industrieländern einlassen können (Bullard, 2011). Eine solche Gerechtigkeit im Verhältnis zum globalen Süden, der am meisten unter den vor allem von den kapitalistischen Zentren verursachten Zerstörungen der Umwelt leidet und das wenigste davon selbst verursacht hat, schließt intensivste finanzielle, technische und politische Unterstützung eigener zukunftsfähiger Wege der Dritten Welt und deren größeren Einfluss in den Institutionen der Weltwirtschaft und Weltordnung ein.

DRITTENS: AMBIVALENTE ANFORDERUNG AN EINE KÜNFTIGE EIGENTUMSORDNUNG

Die Transformation zu einer solidarischen Gesellschaft ist mit neuen Kriterien für eine unter den veränderten Bedingungen funktionsfähige Eigentumsordnung verbunden. Der Über-

gang zum Kapitalismus brachte Eigentumsverhältnisse hervor, die den Produktivkräften und wirtschaftlichem Fortschritt bzw. Wachstum bedingungslos und ohne jede Einschränkung neuen Raum gaben. Entwicklung der Produktivkräfte um jeden Preis, selbst in der Gestalt von Destruktivkräften – das begründete den Triumph des Kapitalismus über alle anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen.

Die Eigentumsverhältnisse im Übergang zu einer solidarischen Gesellschaft oder zum demokratischen Sozialismus müssen dagegen einen Balanceakt ermöglichen: zwischen intensivster Förderung Ressourcen sparender, die Umwelt schonender Produktivkräfte – beispielsweise erneuerbarer Energien – und der Geburt eines Produktivkraftsystems als Ganzes, welches gerade nicht zu einem solchen Typ der Produktivitätssteigerung führt, der mit großem Naturverbrauch verbunden wäre. Zu dieser Balance, gestützt auf eine solidarische Mischwirtschaft unterschiedlicher Eigentumsformen, gehören unter anderem die folgenden Prozesse:

– Vergesellschaftung des Finanzsektors – dies ist erforderlich, weil finanzkapitalistisches Eigentum extrem verwertungsorientiert und entkoppelt von Stoffströmen funktioniert, mit seinen kurzfristigen Maßstäben alle langfristig gestaltende Politik unterläuft und durch die Konzentration ökonomischer Macht selbst die repräsentative Demokratie als Gestaltungspotenz aushöhlt. Öffentliche Banken unter demokratischer Kontrolle könnten dagegen unter Umständen bei der Kreditvergabe auf Zinsen verzichten und damit einen starken Antriebsmechanismus für Wachstum stoppen: nämlich durch Wachstum die Zinszahlung bedienen zu müssen.

Großbanken und Investmentfonds verwalten einen großen Teil des Finanzvermögens der Reichen und Superreichen. Für 2013 erwarten Merrill Lynch/Capgemini in ihrem «World Wealth Report 2010», dass dieses Finanzvermögen (ohne eigengenutzte Immobilien und Gebrauchsgüter) nach Verlusten 2008 und Zuwächsen 2009 auf 48,5 Billionen US-Dollar ansteigen wird (Merrill Lynch Global Wealth Management/Capgemini, 2010). Ein solches riesiges Finanzvermögen findet keine solchen Anlagemöglichkeiten in Produktion und Dienstleistungen, die seinen Profitansprüchen genügen. Es ist überakkumuliertes Kapital, weil die Massennachfrage als Folge der Ausbeutung der Lohnarbeiter begrenzt ist. Es wird in Wertpapierspekulationen geworfen, die zur Bildung von Finanzblasen und schließlich bei deren Platzen zu Finanzkrisen führen. Es wandert in den Aufkauf von Staatsanleihen und profitiert vom Anschwellen der Staatsverschuldung, die in den USA unter anderem die Finanzierung der gleichzeitigen Kriegsführung im Irak und in Afghanistan ermöglicht und gegenwärtig in Europa in eine tiefe Schuldenkrise geführt hat. Damit die verschuldeten Staaten ihren Schuldendienst leisten können, werden ihnen von der Europäischen Union und vom Internationalen Währungsfonds radikale Sparprogramme zulasten vor allem von Sozialleistungen und der Einkommen von Staatsangestellten verordnet. Die überakkumulierten Geldkapitalvermögen fließen ferner in Spekulationsgeschäfte, in denen auf Preissteigerungen von Nahrungsgütern und Rohstoffen gewettet wird. Das treibt die Preise auf den Nahrungsmittel- und Rohstoffmärkten in die Höhe und hat erheblichen Anteil an Ernährungskrisen und Wirtschaftseinbrüchen in den von Rohstoffimporten

abhängigen armen Ländern. In solchen verschiedenen destabilisierenden Prozessen tritt die Dringlichkeit einer Vergesellschaftung des Finanzsektors überdeutlich zu Tage.

Um den krisenhaften Wirkungen der Überakkumulation zu begegnen, sind die Vernichtung von überakkumuliertem Kapital und die Lenkung von Geldkapital in zukunftsfähige Anlagefelder auch bei geringen Profitaussichten notwendig. Mit Kapitalvernichtung verbunden wäre der Rückbau der Atomenergie und der fossilen Energieerzeugung, die Konversion der Automobilindustrie und der Rüstungsproduktion. Eine sinnvolle Form der Kapitalvernichtung wäre ein geordneter (Teil-) Schuldenerlass (Umschuldung) in der Europäischen Union für hochverschuldete Länder durch die Annullierung eines Teils der Forderungen von Gläubigern, also vor allem der Banken. Inhaber kleiner und mittlerer Spareinlagen, von Lebensversicherungen und Anteilen an Pensionsfonds sind dagegen durch die Verfahrensregeln zu schützen. Zur Kapitalvernichtung zulasten der Profiteure riskanter Finanzgeschäfte würde auch die Zerschlagung «systemrelevanter Banken» und die Abtrennung des normalen Einlagen- und Kreditgeschäfts vom risikoreichen Investmentbanking beitragen, weil dadurch in künftigen Finanzkrisen der Bankrott von Banken und die Vernichtung ihres Kapitals ohne Risiken für die gesamte Volkswirtschaft zugelassen werden kann. Eine Finanztransaktionssteuer, die die Spekulationen begrenzen würde, und eine angemessen hohe Bankenabgabe könnten überakkumuliertes Geldkapital in grüne und soziale Investitionen für einen sozialökologischen Umbau lenken.

- Vergesellschaftung der Energiewirtschaft – dies ist ein Gebot des Schutzes der Umwelt, da – wie schon dargestellt – das Festhalten an den Machtressourcen Öl, Gas, Kohle und Uran den Übergang von einer fossilistisch-atomaren zur solaren Wirtschaft derart hemmt, dass das irreversible Umkippen ökologischer Gleichgewichte in greifbare Nähe rückt und die Existenzgrundlagen Hunderte Millionen Menschen infrage stellt.
- Erheblicher Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und des öffentlichen Eigentums als ihrer Hauptgrundlage wird beim Übergang zu einer gerechten Gesellschaft große Bedeutung zukommen. Denn für eine nachhaltige Lebensweise und Zivilisation gewinnt das Bürgerrecht auf sozial gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Leistungen des Gesundheitswesens, an Pflege, Betreuung, Bildung, Information und Kultur im Verhältnis zum Kauf stofflicher Güter weit größeres Gewicht. Die öffentliche kostenlose oder zu niedrigen Zahlungen zugängliche Bereitstellung so elementarer Seiten sozialer Sicherheit und Wohlfahrt kann erheblich zu einem Bedeutungsgewinn postmaterieller Lebensbedingungen im Verhältnis zu materiell-stofflichem Verbrauch beitragen. Öffentliche oder Gemeingüter werden allerdings nur dann am wirksamsten zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden, wenn diese Nutzung vor allem durch deren Selbstorganisation und Selbstverwaltung bestimmt wird, also auch auf diesem Feld durch Erneuerung der Demokratie (Ostrom, 2011: 21-46).
- Eigentumsformen, die umweltverträglicher Dezentralisierung und flexibler Anpassung des Angebots an die Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten gemäß sind –

kollektives solidarwirtschaftliches Eigentum, kommunales Eigentum, genossenschaftliches Eigentum, Eigentum kleiner Warenproduzenten und privates Kapitaleigentum, sofern es nicht strategische Macht über die Gesellschaft verleiht – werden in der Transformation zu einer solidarischen Gesellschaft oder zum demokratischen Sozialismus ebenfalls wachsende Bedeutung bekommen.

Die Linke wird im Unterschied zu Parteien und anderen gesellschaftlichen Akteuren, die einen Green New Deal überwiegend als technologische Herausforderung ansehen, auch dem Wandel der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse große Aufmerksamkeit zuwenden.

VIERTENS: KEIN WACHSTUM – HERAUSFORDERUNG ZU MEHR GERECHTIGKEIT

Der Übergang zu einer emanzipatorischen Gesellschaftsalternative ohne nennenswertes Wachstum führt mit Notwendigkeit dazu, dass Gerechtigkeit und Solidarität in den Verteilungsverhältnissen eine Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wie nie zuvor bekommen. Der Ausgangspunkt linker Umweltpolitik heißt nicht zuletzt auch deshalb Gerechtigkeit. Dies gibt einer grünen Perspektive linke Identität. Wachstum hat bisher grundsätzlich ermöglicht, sogar zunehmende soziale Polarisierung durch den Zuwachs von Einkommen und Sozialleistungen auch für sozial Schwächere zu überdecken. Wenn aber ohne Wachstum für wichtige gesellschaftliche Aufgaben Ressourcen mobilisiert werden müssen, entstehen Umverteilungs- und Verteilungsfragen von größter Brisanz. Dann werden die von Lasten Betroffenen vermutlich weit heftiger reagieren, wenn sie die Lastenverteilung als ungerecht empfinden.

Es ist eben eine skandalöse Ungerechtigkeit, wenn noch im Krisenjahr 2009 das reine Finanzvermögen der Superreichen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 30 Millionen Dollar weltweit nicht zuletzt dank der Bankenrettungsschirme um 21,5 Prozent anstieg und zugleich die durch solche Rettungsaktionen angestiegenen Staatsschulden in den USA und in der Europäischen Union durch Sparprogramme mit drastischer Reduzierung von Sozialausgaben zulasten der Bevölkerungsmehrheit zurückgeführt werden sollen. Und dies, obwohl in den USA mehr als 40 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner auf das System der food stamps angewiesen sind und die Europäische Kommission die Zahl der Armen in Europa mit 84 Millionen angibt.

Just Transition, ein Übergang, der auf Gerechtigkeit beruht, wird zur elementaren Bedingung einer emanzipatorischen Gesellschaftstransformation – gerade wenn sie in der westlichen Welt auf lange Sicht voraussichtlich ohne Wachstum bewältigt werden muss. Dazu gehören unter anderem eine gerechte Steuerpolitik, gesetzliche Mindestlöhne, die Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, eine bedarfsorientierte, repressionsfreie Grundsicherung für alle, die nicht arbeiten können oder arbeitslos werden, eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, in die alle Bürgerinnen und Bürger ohne eine Beitragsbemessungsgrenze einzahlen und in der alle Einkommen beitragspflichtig sind, eine gegen Armut gesicherte Altersversorgung, sozial gleiche Teilhabe an Bildung unabhängig von sozialer Herkunft, an Kultur und Information und gleiche Umweltrechte. Gerechtigkeit – das ist das Markenzeichen linker Politik für eine sozialökologische Zeitenwende.

FÜNFTENS: KEIN WACHSTUM – ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE

Wenn künftig unterschiedliche oder gegensätzliche Interessen nicht mehr begünstigt durch Wachstum überdeckt oder abgemildert werden können, wird die Fähigkeit gesellschaftlicher Akteure, Kompromisse zu finden und auf demokratischen Wegen die vielen Gesichter des Gemeinwohls immer wieder neu zu bestimmen, mehr noch als ohnehin zu einer zentralen Herausforderung für die Politik.

Das bedeutet, dass die Erneuerung der Demokratie, vor allem die Stärkung partizipativen Demokratie und ihrer Ausweitung auf die Wirtschaft, zum einzig akzeptablen Weg für Transformationsprozesse wird. Auch der Blick auf eine künftig wachstumslose Gesellschaft bekräftigt die Auffassung, dass Demokratie zur Daseinsweise eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird. Sozialökologischer Umbau ist nur als demokratischer Prozess möglich. Anders wird er nicht gelingen. Das erfordert die Überwindung von Machtstrukturen. Wenn das hochmobile internationale Finanzkapital die Kapitalströme an den Regierungen vorbeileitet und die Kreditwürdigkeit von Staaten durch spekulative Kapitalbewegungen bestimmt wird, wenn die Interessen weniger Energiekonzerne den Verbleib in atomar-fossilen Risiken diktieren und wenn die Automobillobby die Herabsetzung von Emissionswerten erfolgreich abwenden kann, bleibt die Demokratie amputiert, und sie wird zunehmend ausgehöhlt. Demokratisierung der Demokratie wird in künftigen Transformationsprozessen die Verfügung über das Eigentum an Wirtschaftsressourcen nach sozialökologischen Maßstäben verändern und damit die Eigentumsverhältnisse selbst erneuern.

Es liegt auf der Hand, dass dafür die Zersplitterung der Linken überwunden werden muss und dass breiteste Mitte-Unten-Bündnisse erreicht werden müssen. Überlebensfragen der Menschheit, die zum ersten Mal in deren Geschichte unter extremem Zeitdruck Lösungen näher gebracht werden müssen, erfordern sogar noch mehr. Zur Kunst linker Politik wird, gegen die Machteliten mit ihren problembewussten Teilen das Unmögliche möglich zu machen: so viel Veränderung in den Machtverhältnissen und in der Politik zu erreichen, dass eine Klimakatastrophe und die weitere Zerstörung der Biodiversität abgewendet werden, eine solare Energierevolution beschleunigt vorangebracht wird, die soziale Polarisierung der postindustriellen Gesellschaften aufgehalten, die Millenniumsziele doch noch erreicht und überschritten werden und in den internationalen Beziehungen an die Stelle der Konfrontation das Prinzip der Kooperation tritt. – Hermann Hesse schrieb, um den chinesischen Moralphilosophen Kung Fu Tse zu charakterisieren: «Ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht – und es trotzdem tut?»

SECHSTENS: KEIN WACHSTUM – KULTURELLE REVOLUTION

Wenn in künftige Transformationsprozesse der Übergang zu wachstumsarmen bzw. wachstumslosen Gesellschaften eingewoben sein wird, wird sicher der materielle Lebensstandard der heute in prekären Verhältnissen lebenden Schichten trotzdem anzuheben sein. Ohnehin gilt das selbstverständlich für die Mehrheit der Menschen in den armen Ländern der Erde. Insgesamt werden jedoch jenseits eines gewissen Niveaus des materiellen Wohlstands im Verhältnis zu stofflichem Konsum solidarische zwischenmenschliche Beziehungen, Freund-

schaft und Liebe, Gesundheit, Bildung, Information, Teilhabe am kulturellen Leben, Fähigkeiten zum Genuss des Ästhetischen, Muße und Entspannung, kreative Selbstbetätigung und Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen so sehr an Bedeutung gewinnen, dass ein solcher Wandel der Lebensweisen einer kulturellen Revolution gleichkommt.

Auch in diesem Zusammenhang gewinnt das Öffentliche erstrangige Bedeutung für eine transformatorische Politik. Das betrifft öffentliche Güter wie den Reichtum der Tier- und Pflanzenwelt, der Gewässer und Wälder. Das schließt die öffentlichen Räume ein, die bürger- und kommunikationsfreundlich zu gestalten sind. Das betrifft vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge als das Zentrum einer «Reproduktionsökonomie», in der im Gegensatz zur Produktion von immer mehr Waren das Entscheidende die Reproduktion aller Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben ist. Eine Ökonomie der Sorge für den Menschen, eine «*Care Economy*» also, gewinnt zentrales Gewicht. Wenn unabhängig vom Einkommen der Einzelnen hochwertige Gesundheits- und Pflegeleistungen, Teilhabe an Bildung, Kinderbetreuung, Kultur und öffentlicher Mobilität zum Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers werden, können soziale Sicherheit, solidarische zwischenmenschliche Beziehungen und Anerkennung aufgrund des erworbenen kulturellen Habitus eine weit größere Bedeutung als bisher für die Verfasstheit der Gesellschaft im Verhältnis zu stofflichen Konsumsstandards gewinnen. Das Öffentliche wird ein Schlüssel für den Übergang von profitdominiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung.

Sozialökologischer Umbau und kulturelle Umbrüche werden sich zu einer neuen Zivilisation verbinden. Die über Generationen hinweg verinnerlichteten Werte und Handlungsnormen der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft werden sich sicher abermals nur in längeren Prozessen verändern. Vor allem wird dies durch die eigenen Praxiserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in den Mühen und Kämpfen um progressive Reformen zur Verwirklichung ihrer eigenen Interessen geschehen, wenn sie dabei auf die Grenzen der gegebenen Verhältnisse stoßen. Aber zugleich bedarf es dafür einer Kultur des Argumentierens, des Zuhörens, des Lernens von anderen, der Toleranz, der Kompromisse und zugleich des Mutes angesichts von herrschaftlichen Zwängen und des notwendigen Widerstandes gegen autoritäre Macht.

Die Linke ist als Bewegung für kulturelle Erneuerung herausgefordert. Sie hat dies weit mehr als bisher in der Zuwendung zu den Politikfeldern kulturellen Wandels, im Zusammenwirken mit den in soziokulturellen Bereichen Tätigen, in ihrem Politikstil und mit dem Wandel der politischen Kultur in den eigenen Strukturen zu beachten.

SIEBENTENS: KEIN WACHSTUM – ALTERNATIVE REGULATIONSWEISE

Vom Wachstumsdiskurs gehen schließlich erhebliche Anstöße für ein Nachdenken über künftige Regulationsweisen aus. Der notwendige ökologisch orientierte Strukturwandel der Wirtschaft, die Schrumpfung der einen Branchen, die Stärkung anderer und die Konversion weiterer Wirtschaftszweige, die Ausweitung ressourcenarm funktionierender humanorientierter Dienstleistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Reduzierung ökologisch unsinniger Seiten internationaler Arbeitsteilung sowie gerechtere Ein-

kommensverteilung sind verschiedene Seiten der Veränderung wirtschaftlicher Grundproportionen. In der Sprache der französischen Regulationsschule ausgedrückt: Das Akkumulationsregime, dessen Inhalt vor allem die für eine bestimmte Gesellschaftsformation charakteristischen Proportionen der Reproduktion sind, wird gravierende Umwälzungen erfahren. Diese Umwälzungen zu einem anderen Akkumulationsregime müssen durch eine alternative Regulationsweise hergestellt werden. Die Regulationsweise des Kapitalismus ist vorrangig eine Wertregulation auf den Märkten durch Profit, Zins, Wertpapierkurse, Lohn, Preis und andere Wertkategorien. Die Profitdominanz in dieser Regulationsweise bedeutet, dass die ständig fortschreitende Kapitalverwertung das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft ist und ihren Ausdruck im Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts findet.

Zwar sind die Werte der Güter und Dienstleistungen an deren Gebrauchswerte und an die Nachfrage nach ihnen gebunden. Doch sofern Angebote profitabel realisiert werden können, ist für das Kapital gleichgültig, in welchen stofflichen Proportionen das Sozialprodukt entsteht – ob durch die Produktion von Kinderschuhen oder Streubomben, ob durch das Angebot von Gesundheitsleistungen oder Spekulationspapieren, durch erneuerbare Energien oder durch Abholzung von Regenwäldern. Die profitdominierte Marktregulation bringt daher getrieben von der Verwertung des Wertes ein die Naturgleichgewichte zerstörendes Wachstum hervor. Allerdings – diese Gleichgültigkeit der Kapitalverwertung gegen die Gebrauchswertstruktur des Wachstums bietet auch gewisse Chancen, das Kapital durch geeignete zivilgesellschaftliche und staatliche Interventionen zu umweltfreundlicheren Geschäftsmodellen zu zwingen.

Dringlich wird die Überwindung der Profitdominanz durch eine politische Steuerung, die die stofflichen Strukturen der Reproduktion sinnvoll beeinflusst und dem Wachstum derartige Grenzen setzt, dass der Verbrauch von Energie und anderen entscheidenden Ressourcen in den Industrieländern beziehungsweise postindustriellen Ländern bis 2050 auf ein Zehntel im Vergleich zu 1990 reduziert werden kann.

Die Marktregulation muss in eine langfristig gestaltende politische Regulation, getragen von der Zivilgesellschaft und vom Staat, eingeschlossen werden. Diese neue Regulationsweise muss drei ihrer Natur nach verschiedenen Regulationsmodi verbinden, ohne deren jeweilige Vorzüge dabei zu unterdrücken: 1. die politische Regulation durch den Staat, die im Maße der Demokratisierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren beeinflusst wird, 2. die Marktregulation und 3. die Regulation, die sich aus dem Alltagsverhalten der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Lebenswelten ergibt. Dazu mag auch das Funktionieren einer solidarischen Ökonomie jenseits der Unterwerfung unter den Markt und jenseits staatlicher Steuerung gerechnet werden. Das Widerspruchsverhältnis zwischen diesen verschiedenen Formen der Regulation erfordert innovative institutionelle Formen seiner Bewegung und die wechselseitige Relativierung dieser Modi. Anforderungen an dieses Institutionengefüge sind unter anderem die folgenden:

- Herauszufinden ist ein Mix von Eigentumsformen, der geeignet ist, die strategische politische Gestaltung von zukunftsfähigen Grundrichtungen der Entwicklung unter demokratischer Kontrolle mit marktlicher Feinsteuerung von Angebot und Nachfrage zu verbinden.

- In ein produktives Verhältnis müssen die demokratische Beteiligung der Vielen an Entscheidungen, staatliche strategische Verantwortung und größtmögliche Freiheit für Unternehmerpersönlichkeiten wie überhaupt für die Kreativität möglichst vieler Menschen gebracht werden.
- In relative Übereinstimmung müssen das gesellschaftliche Gemeinwohl – einschließlich der Solidarität mit den Armen in dieser Welt – und das gebracht werden, was unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus, Altersgruppen, Kommunen, Regionen, Staaten, Staatengemeinschaften, Bewegungen, Parteien, Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen jeweils als Gemeinwohl gilt und auch in ihrem Rahmen stets umstritten ist. Zum Institutionengefüge dafür könnten gehören: ökosoziale Wirtschaftsräte auf allen Ebenen, mehr Souveränität und Sachverstand für die Parlamente, Wirtschaftsdemokratie, Volksbefragungen, Bürgerentscheide, Internetvoten, zivilgesellschaftlich kontrollierte Gremien mit der Kompetenz zu indikativer Steuerung, die Signale aus Politik, Märkten und Lebenswelten aufnehmen und aufeinander abstimmen, Vermittlungs- und Schlichtungskommissionen auf unterschiedlichen Ebenen, womöglich eine zusätzliche Stimme bei Wahlen, die zu wesentlichen Entwicklungsproblemen abgegeben wird, und sicher bisher nicht bekannte weitere Formen.
- Dies bedeutet, dass eine Erneuerung der Demokratie – wie oben angedeutet – die entscheidende Grundlage für den Übergang zur Regulationsweise einer solidarischen gerechten Gesellschaft sein wird.
- Allerdings wird diese Regulationsweise auch positive und negative Sanktionen einschließen müssen, die ökosoziale Innovationen belohnen und unsolidarisches und umweltschädliches Verhalten bestrafen.
- Eine Demokratisierung internationaler Institutionen von der UNO bis zur Europäischen Union, die Stärkung ihrer wirtschaftlichen und ökosozialen Regulierungskapazitäten, Entfaltung der demokratischen Elemente in den Ansätzen von Global Governance, öffentliche Ratingagenturen, demokratische internationale Schieds- und Schlichtungsgremien und internationale Regime für einzelne Problembereiche sowie andere institutionelle Innovationen müssten die Fähigkeit zur internationalen Regulierung der Wirtschaft stärken.
- Das gesamte Instrumentarium zur Steuerung von Wirtschaftsprozessen muss – im Bewusstsein der Grenzen für gezielte Veränderungen – diesen Anforderungen angepasst werden. Dazu gehören zum Beispiel öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme, aber vielleicht auch Instrumente wie die Ausgabe einer Art zweiter Währung in Gestalt von Umweltschutzzertifikaten an alle Konsumenten, Unternehmen und Behörden. Diese Zertifikate würden die CO₂-Emissionen auf der Grundlage gleicher Umweltrechte limitieren (Groll, 2009: 33-48). Anstelle der Bindung von Unternehmerbeiträgen zu den sozialen Sicherungssystemen an die Lohnsumme in den Unternehmen könnte eine gerechtere Wertschöpfungsabgabe auf den produzierten Neuwert treten. Sie würde die kapital- und ressourcenintensiv wirtschaftenden Unternehmen stärker belasten als die arbeitsintensiv produzierenden (Willnow, 2010: 230–249).

Allein diese sieben hier angedeuteten Implikationen des notwendigen Übergangs von profitdominiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung, zu denen gewiss andere Aspekte hinzukommen, enthalten extreme Ansprüche an die Wege zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft bzw. zu einem demokratischen Sozialismus. Sie sind umso schwerer einzulösen, als der Transformationsprozess zu einer anderen Gesellschaft zunächst als postneoliberale Transformation mitten im Kapitalismus beginnen und daher begrenzt durch dessen Macht- und Eigentumsverhältnisse verlaufen wird. Wenn eine solche Transformation als Resultat einer Kräfteverschiebung nach links mit mehr Demokratie, Sozialstaatlichkeit und grünem Strukturwandel in der Wirtschaft verbunden wäre, könnte es jedoch unter der Voraussetzung einer erheblichen Ausweitung der Kämpfe alternativer Akteure gelingen, Elemente und Tendenzen eines demokratischen Sozialismus schon in diese Entwicklung hineinzuholen. Auf solche Weise wäre sie für größere Brüche zu öffnen, die als zweite Große Transformation über die Grenzen des Kapitalismus hinausführen (Klein, 2010; Candeias, 2011).

Aber die Aufgabe, zum ersten Mal in der Geschichte die sozialen Verhältnisse so umzuwälzen, dass zugleich das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur bewusst und zu deren Schutz vor kurzfristigem menschlichen Handeln vollständig umgekehrt wird, scheint gleichwohl prometheische Kräfte zu erfordern. Die Größe dieser Aufgabe kann entmutigen.

Doch das atomare Desaster im japanischen Kernkraftwerk Fukushima verweist in dramatischer Weise darauf, wie existenziell der Abschied von einem Wachstum um jeden Preis ist – um den Preis atomarer Katastrophen, um den nicht weniger hohen, sondern nur eher schleichend wirkenden Preis einer Erhitzung der Erdatmosphäre und eines Klimazusammenbruchs, der Zerstörung der Biodiversität und damit der Ernährungsgrundlagen von Hunderten Millionen Menschen sowie um den Preis einer Zerstörung des sozialen Zusammenhalts in reichen und armen Gesellschaften. Und der Preis des Wachstums in der OECD-Welt sind auch Hunger und tödliche Krankheiten von Dutzenden Millionen Menschen in den armen Erdregionen, denen der profitdominierte Wachstumstyp der reichen Länder ihre Entwicklungschancen beschneidet.

EINE ATEMPAUSE: NOCH-WACHSTUM DURCH GRÜNE TECHNOLOGIEN

In diese Situation ist jedoch ein rettender Umstand eingelassen. Nur scheinbar widerspricht er dem bisher Dargestellten. Ein neues riesiges Feld der Kapitalakkumulation tut sich auf – die Chance eines umfassenden Schubs von Investitionen in Ressourcen schonende grüne Technologien. Trotz der langfristigen Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung ohne Wachstum ist mittelfristig für einige Jahre zu erwarten, dass dieses grüne Akkumulationsfeld ein Wachstum ermöglicht, dessen umweltschonende und beschäftigungsfördernde Wirkungen vorübergehend die negativen Wachstumseffekte erheblich abschwächen könnten. Dies ist auch ein wichtiger Grund dafür, dass Teilprozesse eines ökologischen Umbaus noch unter den Bedingungen des Kapitalismus erfolgreich eingeleitet werden können.

Aber dieser positive zeitlich begrenzte Effekt wird nur eintreten, wenn den Gefahren, die auch in dieser Wachstumsphase bereits lauern, mit größter Konsequenz begegnet wird: durch Schrumpfung besonders umweltschädlicher Industrien, durch Konversion wichtiger Branchen, durch moderne Bildung unabhängig von sozialer Herkunft, durch Stärkung der Kultursphäre, solidarische Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme und einen großen öffentlichen Diskurs über zukunftsfähige Lebensweisen und veränderte Maßstäbe für Glück und Lebenszufriedenheit.

Die unerlässliche Mobilisierung aller nur denkbaren Energien in der Gesellschaft für diesen Weg fordert ihren Akteuren ab, sich die Konstellation der Herausforderungen in aller Klarheit bewusst zu machen. Selbst wenn die OECD-Welt anstelle einer Zukunft ohne Wachstum noch mit einer nur sehr geringen Wachstumsrate davonkäme, wären alle hier skizzierten Schlussfolgerungen die gleichen. Dringlich sind daher öffentliche Diskurse, in denen die Bürgerinnen und Bürger aus ihren eigenen Alltagserfahrungen lernen, welche Problemlagen entstanden sind und gelöst werden müssen, etwa aus Erfahrungen mit extremen Wetterereignissen, mit steigenden Benzinpreisen, mit der Abwälzung der von Banken und Investmentfonds verschuldeten Riesenverluste auf sie als SteuerzahlerInnen, mit Lebensmittelskandalen, mit der Ahnung von Qualen der Tiere in industrieller Massenhaltung usw.



LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011

ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GERECHTE ÜBERGÄNGE

Wachstumskritik | Ökokrise | Chinas Green New Deal | Schrumpf oder stirb? sozialökologischer Umbau | Energiesystemwechsel | Eine Million Klima-Jobs | u.v.m.

Mit Beiträgen von: Leida Rijnhout | Eduardo Gudynas | John Bellamy | Foster Alberto Acosta | Nicola Bullard | Amit Bhaduri | Ho-fung Hung | Angelika Zahrnt Irmid Seidl | Hermann Scheer | Wolfgang Rhode | Dieter Klein | u. a.

LUXEMBURG 1/2011

März 2010, 160 Seiten, VSA Verlag, 10 Euro, ISBN 978-3-89965-856-9

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.zeitschrift-luxemburg.de

Erforderlich ist in dieser Lage, Einsichten in die Scheidewegsituation der Menschheit durch überzeugende Zukunftsvorstellungen über Gute Arbeit und Gutes Leben (buen vivir), über die Konturen einer künftigen solidarischen gerechten Gesellschaft, des demokratischen Sozialismus, zu erweitern. Und solche realitätsgebundene Vision muss verknüpft werden mit der Realisierung handfester sozialer und ökologischer Umbauprojekte, die bereits die gegenwärtigen Lebensverhältnisse vieler Bürgerinnen und Bürger sichtbar verbessern und zugleich weitergehende Perspektiven eröffnen können.

Wenn die Chance eines relativ kleinen Zeitfensters, die ein in gewissem Maße umweltverträgliches Noch-Wachstum im Bereich grüner Technologien eröffnet, verspielt wird, wenn der Umbau des Gesellschaftsgefüges unter den akuten Druck bereits absehbarer noch größerer Klimakatastrophen und anderer Umweltdesaster geriete und dann von den Machteliten autoritäre antisoziale Wege der Schadensbegrenzung beschritten würden, wäre es zu spät für einen demokratischen emanzipatorischen Transformationsverlauf. Dann wären die ungelösten Probleme derart aufgestaut, dass ein chaotischer Verlauf ihrer Bearbeitung fast unvermeidbar wird (Wright, 2010: 315–318). Eine linke Strategie doppelter Transformation, die die Umkehr von profitdominiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung einschließt, vermag einen solchen bedrohlichen Verlauf abzuwenden. Die Linke wäre gut beraten, sich einem solchen Transformationskonzept mit aller Konsequenz zuzuwenden.

LITERATURVERZEICHNIS

- BRIE, Michael, 2004: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marx'schen Theorie «progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation». In: Kalbe, Ernstgert/Geier, Wolfgang/Pollitt, Holger (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus. Ursachen und Wirkungen. III. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel. Bd. 6. Leipzig
- BULLARD, Nicola, 2011: Just Transition – Einstieg in Transformation? In: LuXemburg, Heft 1
- CANDEIAS, Mario, 2010: Passive Revolutionen vs. sozialistische Transformation. In: papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- DALY, Herman. E., 1999: Wirtschaft jenseits des Wachstums. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltigen Wachstums. Salzburg/München
- DIAMOND, Jared, 2005: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt/Main
- GROLL, Franz, 2009: Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Vision einer neuen Wirtschaftsordnung für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden. Hamburg
- INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG, 2009: Die Krise des Finanzmarktkapitalismus – Herausforderung für die Linke. In: kontrovers Nr. 1
- KLEIN, Dieter, 2010: Eine zweite Große Transformation und die Linke. In: kontrovers Nr. 1
- MERRILL Lynch/Capgemini, 2011: World Wealth Report 2010. New York
- OSTROM, Elinor, 2011: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München
- PAQUÉ, Karl-Heinz, 2010: Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus. München
- SCHEER, Hermann, 2011: Atomausstieg jetzt: Die Zeit ist reif. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 11
- SPANGENBERG, H. Joachim, 1995: Towards Sustainable Europe. Wuppertal Institut. Frankfurt/Main
- VON WEIZSÄCKER, Hans Ulrich/Lovins, Amory B./Lovins, L. Hunter, 1995: Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. München
- WILLNOW, Andreas, 2010: Die Wertschöpfungsabgabe als Bestandteil eines Transformationskonzepts? In: Müller, Horst (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation. Norderstedt
- WITT, Uwe, 1999: Wachstum, Einkommen und Konsum. Thesen zur PDS-Umweltkonferenz «Für eine ökologisch-soziale Zeitenwende». Berlin
- WRIGHT, Eric Olin, 2010: Envisioning Real Utopias. London/New York
- WUPPERTAL Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt/Main

REIHE 21 DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Stephan Kaufmann, Tazio Müller

GRÜNER KAPITALISMUS. KRISE, KLIMAWANDEL UND KEIN ENDE DES WACHSTUMS

Mit einem Beitrag von Victor Wallis zur Agenda des grünen Kapitalismus in den USA



272 Seiten
Klappenbroschur
Karl Dietz Verlag Berlin 2009
19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02211-2

Bestellungen über

- **Buchhandel**
- **Karl Dietz Verlag Berlin**
Fax 030 297845-36, info@dietzberlin.de
- **Rosa-Luxemburg-Stiftung**
Tel. 030 44310-123, info@rosalux.de

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

STANDPUNKTE 2011

- 1/2011
JÖRN SCHÜTRUMPF
Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden
- 2/2011
JOCHEN WEICHOLD
Der Höhenflug der Grünen –
eine Herausforderung für DIE LINKE?
- 3/2011
AXEL TROOST
Quo vadis Finanzreform?
Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen
Finanzmärkte und was daraus geworden ist
- 4/2011
MICHAELA KLINGBERG
Der Sockel des Kaisers muss es sein
- 5/2011
ROLF GÖSSNER
Im Geist des Kalten Krieges –
im Namen der «streitbaren Demokratie»
Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-
Beobachtung Bodo Ramelow's (MdB) und
der Linkspartei ist rechtmäßig
- 6/2011
FRIEDRICH BURSCHEL
Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch nach
einem ideologischen Kotau
- 7/2011
SARAH SCHULZ
Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952
- 8/2011
ALEXANDRA MANSKE
Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft
Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen
- 9/2011
HANS THIE
EXIT statt EXITUS
Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen
- 10/2011
MICHAEL BRIE
Rosa Luxemburg's Symphonie zur russischen Revolution
- 11/2011
ULRICH BUSCH
Perspektiven der deutsch-deutschen Konvergenz bis 2020
- 12/2011
MARCUS HAWEL
Politische Bildungsarbeit zu Konfliktzonen
Anregungen zur Schaffung emanzipatorischer Räume
- 13/2011
JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER
Völkisch und sozial?
Neonazistische Agitation gegen die neue EU-Freizügigkeit
für Arbeitnehmer_innen
- 14/2011
WALTER RÖSLER
Eigentum – eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung
- 15/2011
Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung